

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/45

8. März 1976

Noch sind unsere Großstädte nicht verloren

Hamburg entwickelt langfristiges Konzept für
das Leben in der City

Von Hans-Ulrich Klose
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt
Hamburg

Seite 1 bis 3 / 113 Zeilen

Tatsachen gegen CDU/CSU-Emotionen

Appell an das Verantwortungsbewußtsein in der
Opposition

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied der Bundestags-Ausschüsse für Auswärti-
ges und Verteidigung

Seite 4 / 33 Zeilen

Resignation ist der schlechteste Wahlhelfer

SPD läutete in Baden-Württemberg heiße Wahl-
kampfphase ein

Seite 5 und 6 / 66 Zeilen

FDP-Votum: CDU/CSU sind keine Alternative

Selbstbewußte Saarland-Liberale beziehen ein-
deutige Positionen

Seite 7 und 8 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckerl

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 017-284
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 02 88 648 - 46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11

Noch sind unsere Großstädte nicht verloren

Hamburg entwickelt langfristiges Konzept für das Leben in der City

Von Hans-Ulrich Klose

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

In der Bundesrepublik wird über die großen Städte, über ihre Zukunft, ihre Chancen und die Bedeutung ihrer Entwicklung für die Zukunft unseres Landes verstärkt diskutiert. Es sind erste Initiativen zur Erneuerung und Belebung des Lebensraumes Stadt ergriffen worden. Das ist mehr als ein Hoffnungsschimmer, denn es deutet auf ein gestärktes Bewußtsein gegenüber den qualitativen Veränderungen in den Zielvorstellungen vom Leben in der großen Stadt. Es hat ein Lernprozeß eingesetzt, und in diesem Prozeß hat eine Einsicht vor allem Durchschlagskraft gewonnen: Wir dürfen Städtebau heute nicht mehr nur als Antwort auf historische Strukturen, nicht ausschließlich als Reaktion auf technisch-wirtschaftliche Erfordernisse von heute begreifen. Wir dürfen ihn vor allem nicht als ein bloß quantitatives Problem sehen, dem quantitative Lösungen gegenübergestellt werden, sondern wir müssen vor allem die Fragen nach den Grundlagen unseres künftigen städtischen Zusammenlebens beantworten.

Es ist nicht bestreitbar, daß wir nach mehr als 150 Jahren schnellen Bevölkerungs- und Stadtwachstums jetzt in eine Phase der Konsolidierung und der qualitativen Verbesserung eintreten. Mehr und mehr werden heute die Veränderungen unserer Städte aus inneren Entwicklungen heraus verursacht: durch regionale Bevölkerungsumschichtungen, durch Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur, durch wachsende Ansprüche an die Größe und den Komfort des Wohnraums und die Ausstattung des Wohnquartiers, durch mehr Freizeit. Die Folge davon ist: Die Frage nach der Zukunft der Städte wird von den Bürgern qualitativ neu gestellt, und sie wird vor allem auch kritisch an die Adresse der Sozialdemokraten gerichtet, die in der Mehrzahl der großen Städte unseres Landes die politische Verantwortung tragen oder lange Zeit getragen haben.

In Hamburg nehmen wir diese Herausforderung an. Viele Jahre haben wir unsere Politik an der nicht bestreitbaren Notwendigkeit ausgerichtet, zahlenmäßige Antworten auf die Probleme der Menschen zu finden. Die Rekord-

de, die wir dabei vor allem im Bau von Wohnungen und ganzer Stadtteile erzielt haben, waren zweifellos notwendige Leistungen; weil es galt, unaufhebbarsten Bedarf zu decken. Zwangsläufig wurden im Rahmen dieser Entwicklung die alten gewachsenen Strukturen und Stadtteile vernachlässigt, die Sozialstruktur neuer Wohnviertel einseitig belastet und es wurde vernachlässigt, die Bindung der Menschen an ihre Stadt stärker zu festigen.

Das hat neue Fragen aufgeworfen. Die Antwort Hamburgs auf diese neuen Fragen ist im Begriff "Stadtteil-Entwicklungs-Politik" enthalten. In der Praxis bedeutet das: Modernisierung älterer Häuser, Schutz gewachsener Stadtbereiche vor Spekulation und Abriss, Erhaltung spezieller Wohnquartiere mit ausgeprägtem, erhaltungswürdigem und bürgerfreundlichem Milieu. Politik der Stadtteil-Entwicklung heißt auch: Die Stadt selbst für ihre Bewohner attraktiv machen, ihre Attraktivität dort wiederherzustellen, wo sie verlorengegangen ist. Das beinhaltet etwa die harmonische, nachbarschaftsfördernde Mischung der Bereiche des Wohnens und Arbeitens, dann die strenge Funktionstrennung, die wir jahrelang zum Prinzip erhoben haben, darf nicht bis zur Sinnentleerung und damit zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bürger getrieben werden.

Allen Anschein nach entwickelt sich in der Gegenwart ein Trend, wieder in der Stadt und nicht an ihrem Rand wohnen zu wollen. Dieser Trend gilt es meiner Ansicht nach zu stärken, sollen die Städte nicht weiter entleert werden. Deshalb hat der Hamburger Senat eine Reihe von Initiativen ergriffen mit dem Ziel, besondere problematische Stadtteile mit neuem Leben zu erfüllen. Dazu gehört natürlich vor allem die Innenstadt, jener Bereich also, in dem sich nahezu alle Großstadtprobleme in irgendeiner Form - meist jedoch noch potenziert - bemerkbar machen. Es ist ein Beschluß gefaßt worden, der für die Stadtentwicklung Hamburgs von weitreichender Bedeutung sein wird: ein Langzeitkonzept innerstädtischen Wohnens.

Die Innenstadt - Konzentrat der Verkehrs-, Arbeits- und Konsumbedürfnisse der Bürger, Durchgangsstadium im täglichen Lebensvollzug - soll vor weiterem Ausbluten bewahrt, soll für die Menschen wieder bewohnbar werden. Es geht hier um ein ganz wesentliches Element im Wohnungsangebot jeder Großstadt. Gerade im City-Bereich einer Stadt wie Hamburg, in dem in den vergangenen Jahren ein ständiges Bevölkerungsminus zu verzeichnen war, sollen und können durch eine Initialzündung Impulse gegeben werden, den ständigen Rückgang von Einwohnerzahlen und die Schrumpfung des ohnehin mageren Wohnungsbestandes anzuhalten und aufzufangen. Dabei geben wir uns allerdings nicht der Illusion hin, wir könnten das Hauptgeschäftsviertel einer Millionenstadt, einer Metropole mit weltweiten Beziehungen, in ein beschauliches Wohngebiet verwandeln - aber dort, wo in der Innenstadt Menschen wohnen können und möchten, werden wir diese Tendenz bestärken.

In Hamburg ist deshalb eine Senatskommission beauftragt worden, alle Fragen des Wohnens in der inneren Stadt zu erörtern. Es geht dabei

nicht allein um mögliche Standorte oder um die Qualität neu zu schaffender Wohnungen. Überlegt und entschieden werden soll vor allem jeweils auch, ob bei den Wohnquartieren, die zur Wiederbelebung in Frage kommen, Neubau, Modernisierung oder Wiederaufbau nach historischem Vorbild anzustreben ist. Letztendlich geht es aber auch darum, durch Einzelmaßnahmen eine Bresche in jene Kettenreaktion zu sprengen, bei der der eigentliche City-Bereich als Wohnquartier im wirtschaftlichen Verdrängungswettbewerb allzuoft unterliegen ist.

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Wohnungsverluste dort noch am geringsten sind, wo noch echte Wohn-Nachbarschaften oder Milieu-Bereiche existieren, haben die Hamburger die wahrscheinlich letzte Möglichkeit ergriffen, in der Altstadt Hamburgs auf der sogenannten Cremon-Insel ein solches Milieu zu erhalten und zu ergänzen, so daß schließlich wieder ein insgesamt lebensfähiges, hafennahes Wohnquartier mit hohem Identifikationswert i historischen Teil der Altstadt entstehen kann. Es wird einer der Brückenköpfe sein, von denen aus die Bürger Teilbereiche ihrer Stadt wieder zurückerobern können.

Auch wenn der historische Bezug das Projekt Cremon-Insel für manche in nostalgisches Licht taucht, liegt in diesem Aspekt nicht die ausschlaggebende Bedeutung des Vorhabens. Es geht vielmehr darum, das Interesse der Bürger dieser Stadt auf ein neues, attraktives Konzept der Stadterneuerung zu richten, das organische Lebenszusammenhänge fördert. Um das gesteckte Ziel langfristig zu erreichen - denn hier handelt es sich nicht um einen Plan von heute auf morgen, sondern um eine Konzeption, die einen langen Atem braucht und natürlich auch von dem vorhandenen Geld abhängt -, sollen alle verfügbaren Mittel bis hin zur nach dem Gesetz möglichen Enteignung für Zwecke des Wohnungbaus ausgeschöpft werden, um verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

Um es noch einmal zu sagen, um was es uns in Hamburg geht: Wir müssen der Verödung innerstädtischer Bereiche entgegenwirken, weil sonst die großen Städte insgesamt in Gefahr geraten, was nicht nur Folgen für diese Städte, sondern für unser ganzes Land haben muß. Wir müssen deshalb das Wohnen in den großen Städten allgemein wieder attraktiv machen. Stadterneuerung, Stadtteil-Entwicklung ist eine politische Aufgabe, in der es gerade auch auf die Beachtung von Details ankommt. Der Bulldozer als Symbol von Flächensanierung kann in diesem Sinn kein Attribut des Fortschritts mehr sein. (v. d. 3. 1976/bgy/e/jr)

+ + +

Tatsachen gegen CDU/CSU-Emotionen

Appell an das Verantwortungsbewußtsein in der Opposition

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied der Bundestage-Ausschüsse für Auswärtiges und Verteidigung

Die Unions-Parteien reagieren äußerst emotional, wenn ihrer Kritik an der sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik dadurch begegnet wird, daß man an Tatsachen erinnert. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Karl Carstens etwa polemisiert in bekannter Weise gegen sozialdemokratische Tatsachenfeststellungen. Tatsache ist und bleibt aber, daß Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl zu einer Zeit entstanden sind, als CDU/CSU die Regierungsverantwortung trugen. Das Ergebnis war die totale Unterbindung der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Es ist offensichtlich und auch im Lager unserer Bündnispartner unbestritten, daß die außen- und deutschlandpolitische Konzeption korrigiert werden mußte, um das überaus gefährliche Spannungsgefälle zwischen Ost und West zu reduzieren. Die außenpolitische Konzeption der CDU/CSU war ungeeignet. 1966 befand sich die Bundesrepublik Deutschland nicht nur in einer wirtschaftspolitischen, sondern auch in einer außenpolitischen Krise, was jedermann unschwer aus der Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger und seinen Debattenbeiträgen entnehmen kann.

Während der nunmehr sechsjährigen Regierungsverantwortung der SPD/FDP-Koalition konnten die gefährlichen Spannungen abgebaut werden. Krisenhafte Zuspitzungen, die nach 1945 mehrfach an den Rand eines dritten Weltkrieges führten (z.B. Berlin-Ultimatum und Mauerbau), hat es nicht mehr gegeben. Die zwischenmenschlichen Beziehungen der Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR, aber auch zu Deutschen in Ostblockstaaten konnten verbessert werden. Um weitere Verbesserungen wird hartnäckig gearbeitet.

Die gesamte Opposition sollte diese Bemühungen der sozial-liberalen Politik unterstützen und nicht, wie häufig geschieht, der Bundesregierung die Verhandlungsposition erschweren. Es reicht nicht aus, daß nur Oppositionspolitiker von internationalem Rang und reicher politischer Erfahrung wie z. B. Dr. Gerhard Schröder, Dr. Richard von Weizsäcker, Dr. Rainer Barzel, Hans Katzer und Walther Leisler Kiep sich verantwortungsbewußt verhalten.
(-/8.3.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Resignation ist der schlechteste Wahlhelfer

SPD läutete in Baden-Württemberg heiße Wahlkampfphase ein

Mit einer eindrucksvollen Großkundgebung, zu der trotz eisiger Kälte über 15000 Menschen auf den Stuttgarter Marktplatz gekommen waren, haben die baden-württembergischen Sozialdemokraten am Wochenende die heiße Wahlkampfphase zur Landtagswahl am 4. April eingeläutet. Der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg, Dr. Erhard Eppler, Bundeskanzler Helmut Schmidt und SPD-Vorsitzender Willy Brandt haben mit ihren Wochenend-Auftritten im Südwesten der Republik einen Motivierungs- und Mobilisierungseffekt erreicht, der vier Wochen vor dem Wahlsonntag bitter nötig gewesen zu sein scheint und jetzt intensiv genutzt werden muss. Resignation jedenfalls, wie sie in den letzten Wochen vereinzelt spürbar wurde, ist der schlechteste Wahlhelfer.

Nachdem noch um die Jahreswende ein deutlicher Auftrieb zugunsten von Erhard Eppler und seiner tatkräftigen Mannschaft registriert werden konnte, haben jüngste Umfrage-Ergebnisse, die einen Stimmenanteil von 56 vH für die CDU und von nur 32 vH für die SPD ergaben, an dem Selbstbewußtsein der Partei genagt. Die Ursachen für dieses Formtief sind sicherlich nicht im Wahlkampf der baden-württembergischen Sozialdemokraten, sondern in erster Linie wohl bei den politischen Ereignissen zu suchen, die sich bundesweit negativ auf die sozialliberale Koalition ausgewirkt haben. Da müssen die Geschehnisse von Niedersachsen genauso genannt werden wie die "Streckenstillegungspläne" der Bundesbahn, die auch in Baden-Württemberg zu einer starken Verunsicherung beigetragen haben. Durch die eindeutige Klarstellung der Bundesregierung, daß die Bahnverbindung in struktur- und regionalpolitisch wichtigen Räumen sichergestellt bleibt, können die Wogen des Unmuts jetzt wieder geglättet werden.

Die Arbeitsmarktzahlen für den Monat Februar, hier vor allem die Verringerung der Kurzarbeit - aufgrund der verfehlten Strukturpolitik der CDU-Regierung Filbinger ein besonderes Problem für Baden-Württemberg -, und die immer stärker sichtbar werdende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sollten für Sozialdemokraten Grund genug sein, nicht bereits jetzt die Flinte ins Korn zu werfen und schon heute nach Schuldigen für eine eventuelle Wahlschlappe zu suchen, sondern nun erst recht die Ärmel aufzukrempeln und bis zum Wahltag hart zu arbeiten.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat seinen Parteifreunden deutlich gemacht, daß es nicht genügt, auf Wahlveranstaltungen den "Parteioberen" zuzujubeln. Jetzt kommt es vielmehr darauf an, das

Gespräch mit dem Bürger - mit dem Nachbarn und dem Kollegen am Arbeitsplatz - zu intensivieren und zu zeigen, daß die SPD mit Erhard Eppler an der Spitze die bessere Alternative für Baden-Württemberg ist als "Landesvater" Filbinger, der nichts anderes zu bieten hat, als den Regierungsstil eines Despoten früherer Jahrhunderte.

Die baden-württembergische SPD hat nicht nur den besseren Mann, sondern auch das bessere Programm, das offensiv vertreten werden muss. Das scheint auch Dr. Filbinger gemerkt zu haben, von dem man nicht immer weiß, ob er nun der CDU oder aber in Wirklichkeit der CSU angehört. Er wird sichtbar nervöser, wie es sein Wahlkampf-Amoklauf eindrucksvoll belegt. Seine Verleumdungskampagne gegen die SPD, die Verketzung Erhard Epplers und die unerträglichen Tiefschläge gegen diesen integren Mann, lassen immer mehr Wahlbürger an der Glaubwürdigkeit und Redlichkeit Filbingers zweifeln. Wenn er weiterhin mit der unsinnigen Alternative "Demokratischer Staat oder sozialistische Gesellschaft" durchs Land zieht und Sozialdemokraten verunglimpfen will, muß er daran erinnert werden, daß es Sozialdemokraten waren, die in der NS-Zeit ihr Leben im Kampf für Freiheit und Demokratie lassen mussten, während "Landesvater" Filbinger Kriegsgerichts-urteile ausgesprochen hatte.

Für baden-württembergische Sozialdemokraten jedenfalls besteht kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Wenn es gelingt - und hier sind noch erhebliche Anstrengungen jedes einzelnen erforderlich -, den Funken der Begeisterung, der in Stuttgart für Erhard Eppler, Helmut Schmidt und Willy Brandt spürbar wurde, bis in den letzten Winkel des Landes hineinzutragen und jeden SPD-Sympathisanten zu motivieren, am 4. April an die Wahlurne zu gehen, dann braucht sich die SPD keine Sorgen um den Wahlausgang zu machen.

Gode Japs
(-/8.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

FDP-Votum: CDU/CSU sind keine Alternative

Selbstbewußte Saarland-Liberale beziehen eindeutige Positionen

Die Freien Demokraten im Saarland, seit der am 4. Mai 1975 vom Wähler herbeigeführten Patt-Situation im Saarbrücker Landesparlament in einer nicht ganz einfachen Situation, gehen nicht ohne Selbstbewußtsein in den Bundestagswahlkampf 1976. Auf dem Saarbrücker Landesparteitag am Sonntag kündigten die saarländischen Liberalen nicht nur den Kampf um ein Bundestagsmandat am 3. Oktober an - nur 1961 hatte die FDP mit dem damals populären Heinrich Schneider dies geschafft - und stellten sich deshalb geschlossen hinter das Mitglied des Sachverständigenrates, mit dem man die erforderlichen zehn vH Stimmen für ein Mandat gewinnen will, sie ließen es auch nicht an eindeutigen Aussagen gegenüber der Union und vor allem jenen Rechtsliberalen fehlen, die glauben machen möchten, daß die Zeit für eine neue Koalition bereits gekommen sei.

Werner Klumpp, der Vorsitzende des FDP-Landesverbandes und der überaus fleißigen, auf landespolitischer Profilierung bedachten Drei-Mann-Fraktion im Landtag, hat zur landes- und bundespolitischen Situation Feststellungen getroffen, die Beachtung verdienen. Zur Patt-Situation in Saarbrücken und zu den Dauerofferten der CDU Saar an die Liberalen erinnerte Klumpp die CDU daran, daß die FDP gegen Neuwahlen nichts einzuwenden habe, weil der zu erwartende Trend für die kleinste Partei keineswegs ungünstig sei. Über die erzielten Sacherfolge durch die Tolerierung des nicht zurückgetretenen Kabinetts Röder zeigte Klumpp sich zufrieden, ohne daß man daraus bereits ablesen konnte, daß die Koalition mit Röder für die Zeit nach dem 3. Oktober schon beschlossene Sache sei. Allerdings: Ausgeschlossen hat das der Partei- und Fraktionsvorsitzende auch nicht. Er schrieb aber der CDU unüberhörbar ins Stammbuch, wer von der FDP konstruktives Verhalten oder gar eine Koalition verlange, dürfe nicht zulassen, "daß diese Landesregierung ihre Stimmen im Bundesrat nicht im Sinne der von den Herren Strauß und Carstens bestimmten CDU/CSU-Konfrontationspolitik mißbraucht." Klumpp versicherte, er habe die Koalition oder die Tolerierung

der Regierung Röder nie von dem Bundesratsverhalten über die Polen-Verträge abhängig gemacht und bestche auf diesem Junktim auch heute nicht. Andererseits sagte Klumpp wörtlich: "Die FDP Saar betrachtet die Polen-Verträge als Teil der von uns voll getragenen Ostpolitik der Bundesregierung und vor allem unseres Bundesvorsitzenden und Außenministers Genscher." Deshalb sei die FDP Saar auch nicht in der Lage, "mit einer Partei zusammenzuarbeiten, die ihre Position im Bundesrat dazu nutzt, die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu torpedieren und damit nicht absehbaren Schaden für unser Land anzurichten." Klumpp anerkannte hierbei, daß die CDU-Landesregierung und besonders Regierungschef Röder "eine Haltung eingenommen haben, die sich besonders deutlich von der anderer CDU/CSU-Regierungen unterscheiden hat."

Ganz eindeutig hat der saarländische SPD-Spitzenpolitiker sich zu der guten und erfolgreichen Arbeit der sozialliberalen Koalition im Bund und vor allem auch für deren Fortsetzung ausgesprochen, und zwar im Sinne eines Weitertreibens der "gesellschaftspolitischen Reformen." Klumpp unter dem Beifall der 290 Delegierten: "Hätte es diese Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht gegeben, man hätte sie schaffen müssen." Er hoffe, daß die stabile Bundesregierung, die der Bundespräsident nach dem 3. Oktober zustande bringen wolle, "wiederum eine stabile sozialliberale Bundesregierung sein möge". Er hoffe, daß auch der Bundesparteitag der FDP in Freiburg sich für die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition aussprechen werde: "CDU/CSU bieten für uns in ihrem heutigen Zustand keine Alternative." Das war mehr als deutlich und für viele Ohren bestimmt.

Herbert Bermeitinger
(-/8.3.1976/Se/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller